

# MEHR CHANCEN MIT DEM BÜRGERGELD!

## Moderner Sozialstaat

Wir bringen den Sozialstaat auf die Höhe der Zeit. Mit dem neuen Bürgergeld, das ab dem 1. Januar 2023 schrittweise eingeführt wurde, haben wir eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20 Jahre umgesetzt. Wir geben Menschen in schwierigen Lebenssituationen mehr Sicherheit und bessere Chancen auf gute Arbeit.

**Mehr Fortschritt wagen.**

**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

# Die Fakten

- Mit dem Bürgergeld geben wir Menschen mehr Sicherheit, wenn sie in eine schwierige Lebenslage geraten. Wer Hilfe braucht, soll keine Angst mehr haben, die Wohnung oder das Ersparne zu verlieren. Mit einer Karenzzeit für Wohnen und nicht erhebliches Vermögen sorgen wir dafür, dass das Lebensumfeld erhalten bleibt und sich die Betroffenen auf die Arbeitssuche konzentrieren können. Wir sorgen für eine neue Kultur der Augenhöhe und des Respekts. Wir fördern eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bürgergeldbeziehenden und Jobcentern. Gemeinsam erarbeiten sie jetzt einen Kooperationsplan.
- Wir bringen Menschen mit dem Bürgergeld besser und gezielter in Arbeit, indem wir noch stärker auf Aus- und Weiterbildung setzen – auch durch finanzielle Anreize wie ein monatliches Weiterbildungsgeld. Vorrang hat nicht mehr die möglichst schnelle, sondern die möglichst langfristige Vermittlung in Arbeit: Wer keinen Berufsabschluss hat, soll diesen nachholen können, statt kurzfristig eine Hilfstätigkeit übernehmen zu müssen. Mit einem neuen Coaching-Angebot und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes unterstützen wir Menschen, die es besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.
- Die Regelsätze wurden deutlich erhöht und dauerhaft krisenfest gemacht, in dem die Preisentwicklung künftig aktueller berücksichtigt wird. Seit dem 1. Januar 2024 beträgt der Regelsatz bei alleinstehenden Erwachsenen 563 Euro. Bei Paaren sind es je Partner:in 506 Euro. Außerdem wurden die Freibeträge erhöht: Wer durch eine Arbeit zwischen 520 und 1000 Euro verdient, kann jetzt mehr von seinem Einkommen behalten. Schüler:innen und Auszubildende, die mit ihren Eltern im Leistungsbezug in einer Bedarfsgemeinschaft leben, dürfen von ihren Ferienjobs mehr Geld behalten.